



SPD

***Koalitionsvertrag von CDU und SPD
im Rheinisch-Bergischen Kreis
2025-2030***

***für Stabilität, Sicherheit, Fortschritt,
soziale Gerechtigkeit, generationengerechtes
Handeln und wirtschaftliche Entwicklung***



Koalitionsvertrag von CDU und SPD im Rheinisch-Bergischen Kreis 2025-2030

Unsere Leitlinien: Stabilität, Sicherheit, Fortschritt, soziale Gerechtigkeit, generationengerechtes Handeln und wirtschaftliche Entwicklung

Inhaltsverzeichnis

Präambel – Gemeinsame Verantwortung für unseren Kreis.....	3
Kapitel 1: Haushaltsstabilität, Verwaltungsmodernisierung und strategische Steuerung.....	4
Dreistufiger Transformations- und Konsolidierungsprozess:	5
Fünf priorisierte Handlungsbereiche in Zeiten eingeschränkter finanzieller Spielräume.....	6
Strategisches Beteiligungsmanagement.....	8
Kapitel 2: Schule, Bildung, Kultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt im Rheinisch-Bergischen Kreis	9
1. Campus für berufliche Bildung und Weiterentwicklung der Berufskollegs	9
2. Förderschulen stärken – barrierefreie Bildung wohnortnah sichern	10
3. Bildungsnetzwerk – schulisches und außerschulisches Lernen verknüpfen.....	10
4. Schulsozialarbeit und psychologische Unterstützung ausbauen	10
5. Integration zugewanderter Kinder und Jugendlicher begleiten	10
6. Demokratie fördern – Beteiligung stärken	11
7. Kultur- und Ehrenamtsförderung sichern und sichtbarer machen.....	11
8. Sport als Motor für Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe.....	11
Kapitel 3: Mobilität und Verkehrsinfrastruktur – klimafreundlich, vernetzt und zukunftsfähig	13
1. Zukunftsfester ÖPNV: Effizienz, Qualität und Beteiligung im Nahverkehrsplan.....	13
2. ÖPNV-Angebot weiterentwickeln – trotz Konsolidierung	13
3. Förderung intermodaler Mobilität und digitale Verkehrsinformation	14
4. Förderung der E-Mobilität	14
5. Qualitätsstandards und Barrierefreiheit im ÖPNV	15
6. Straßeninfrastruktur modernisieren und erhalten.....	15
7. Planungsprozesse beschleunigen und besser koordinieren	15
8. Regionale Radschnellwege stärken	15
Kapitel 4: Bevölkerungsschutz, Rettungswesen und Verbraucherschutz – Sicherheit, Vorsorge und Verlässlichkeit	16
1. Rettungswesen und Rettungsdienst	16
2. Bevölkerungsschutz (Civil- und Katastrophenschutz)	18
3. Information und Einbindung der Bevölkerung	19
4. Verbraucherschutz.....	19
5. Veterinärwesen und gesundheitliche Vorsorge	19
Kapitel 5: Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Gesundheit und Pflege – für einen starken und solidarischen Rheinisch-Bergischen Kreis.....	20
1. Arbeit und Wirtschaft – Fachkräfte sichern, Wertschöpfung stärken	20
2. Wohnen, Soziales und Integration – bezahlbar aber auch vielfältig und inklusiv	21
3. Integration fördern – Vielfalt als Stärke nutzen	21
4. Schutz und Unterstützung für vulnerable Gruppen.....	22
5. Gesundheit – wohnortnah, ganzheitlich, präventiv	22
6. Gesundheitsförderung und Prävention	22
7. Pflege – Versorgung sichern, Angehörige entlasten, Fachkräfte gewinnen, Pflege wohnortnah und bedarfsgerecht gestalten	23
Kapitel 6: Kinder, Jugend und Familie – Starke Jugendhilfe für eine chancengerechte Zukunft	24
1. Frühkindliche Bildung, Betreuung und Familienfreundlichkeit	24
2. Gesundheitliche Prävention und vernetzte Hilfen.....	25
3. Beteiligung und Kulturangebote für junge Menschen.....	26
4. Bündnis für Familien – gemeinsam familienfreundliche Strukturen schaffen.....	26
5. Zielvereinbarungen und Struktorentwicklung	26
Kapitel 7: Klimaanpassung, Umwelt und Kreisentwicklung – Nachhaltigkeit gestalten, Lebensräume sichern	27
1. Klimaanpassung – auf Extremwetter vorbereitet sein – Klimafolgen als Realität anerkennen – Vorsorge ausbauen	27
2. Umwelt schützen – Naturräume bewahren und entwickeln – Kulturlandschaft erhalten – Biodiversität fördern.....	28
3. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz – Ausbau regionaler Energiegewinnung fördern	28
4. Verwaltungsmodernisierung für Nachhaltigkeit – Genehmigungsprozesse beschleunigen – Digitalisierung nutzen	29
5. Regionale Entwicklung im Bergischen RheinLand – REGIONALE 2025 als Sprungbrett für langfristige Struktorentwicklung.....	29
Kapitel 8: Zielbild und Zusammenfassung	30
Gemeinsam Verantwortung tragen – der Weg nach vorn.....	30

Organisatorisches

Präambel – Gemeinsame Verantwortung für unseren Kreis

Der Rheinisch-Bergische Kreis steht in den kommenden Jahren vor weitreichenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen. Gleichzeitig bietet sich die große Chance, durch nachhaltige Politik, soziale Verantwortung und zukunftsgerichtete Strukturentwicklung einen Kreis zu gestalten, in dem Menschen gerne leben, arbeiten, lernen und alt werden.

Mit diesem Koalitionsvertrag vereinbaren CDU und SPD eine verbindliche, partnerschaftliche und zielorientierte Zusammenarbeit für die Wahlperiode 2025 bis 2030. Unsere Leitlinien sind: Stabilität, Sicherheit, Fortschritt, soziale Gerechtigkeit, generationengerechtes Handeln und wirtschaftliche Entwicklung.

Wir treten ein für:

- eine handlungsfähige Verwaltung mit bürgerfreundlicher digitaler Infrastruktur,
- starke Städte und Gemeinden in einem solidarischen Kreis,
- gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Bildung, Soziales und Teilhabe,
- konsequenten Umwelt- und Klimaschutz mit Augenmaß und
- eine wirtschaftliche Entwicklung, die moderne Arbeitsplätze und Innovation fördert.

Dieser Koalitionsvertrag ist unser gemeinsamer Fahrplan –
für ein starkes Miteinander im Rheinisch-Bergischen Kreis.

Kapitel 1: Haushaltsstabilität, Verwaltungsmodernisierung und strategische Steuerung

Grundsätze

CDU und SPD setzen auch in der neuen Wahlperiode auf eine konsequente Weiterentwicklung des Konsolidierungs- und Transformationsprozesses im Rheinisch-Bergischen Kreis. Angesichts der sich weiter zusätzenden Haushaltslage bei den Kommunen und beim Kreis selbst – insbesondere infolge steigender Sozialausgaben, inflationsbedingter Steigerung der Sach- und Personalausgaben und globaler Krisen – ist ein umsichtiges, langfristig tragfähiges Finanzmanagement von zentraler Bedeutung.

Die Koalition erkennt die strukturellen Herausforderungen an, vor denen der Kreis sowie seine Mitgliedskommunen stehen, und stellt sich diesen mit einem Maßnahmenbündel, das auf Modernisierung, Konsolidierung und Zukunftsinvestitionen gleichermaßen ausgerichtet ist.

Bereits in der letzten Wahlperiode hat sich der Kreistag mit sehr großer Mehrheit auf Einsparungen in Höhe von 85 Millionen Euro bis 2029 zuzüglich eines globalen Minderaufwandes von 5 Millionen Euro jährlich verständigt. Die Koalition aus CDU und SPD bekennt sich zu diesen Einsparzielen. Wir wissen, dass die Umsetzung sowohl der konkret benannten Konsolidierungsvorschläge wie der zusätzlichen 5 Mio. € pro Jahr weitere Anstrengung von Politik und Verwaltung im Kreis verlangen. Wir kombinieren die notwendigen Einsparungen mit einem Bündel von fünf unten dargestellten priorisierten Handlungsbereichen, die die Konsolidierungsziele durch Verwaltungsmodernisierungen unterstützen und gleichzeitig unverzichtbare Zukunftsinvestitionen ermöglichen sollen.

Wir tun dies, um trotz steigender gesetzlicher Ausgabenverpflichtungen den Kreisumlagesatz möglichst stabil zu halten und so die Kommunen nicht zusätzlich zu belasten, um höhere kommunale Steuern für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen im Kreis zu vermeiden.

Konsolidierung ist dabei kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge und Gestaltungskraft. Unser Ziel ist die Schaffung langfristig robuster finanzieller und administrativer Strukturen, um Investitionen in zentrale Zukunftsbereiche wie Schule und Bildung, Digitalisierung, Klimaschutz- und Klimawandelanpassung, Mobilität und soziale Infrastruktur langfristig zu ermöglichen. Zur Erreichung dieser Ziele strebt der Kreis einen interkommunalen Strategieprozess mit den kreisangehörigen Kommunen an.

Dabei ist klar: Alle von uns angestrebten kommunalen Anstrengungen werden nicht ausreichen, um das erkennbare strukturelle Finanzierungsdefizit auf kommunaler Ebene auszugleichen. Dazu bedarf es deutlicher Entlastungen durch Bund und Land. CDU und SPD treten gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden dafür ein, dass Bund und Land die Kommunen angemessen finanziell ausstatten.

Gelingt dies, so dass der Kreis signifikant entlastet wird, wird die Koalition in enger Abstimmung mit den Kommunen die Konsolidierungsbemühungen bei unmittelbaren Leistungen für Bürgerinnen und Bürger, Maßnahmen zur langfristigen Stabilität des Kreisumlagesatzes und direkte Entlastung der Kommunen neu justieren.

Neben der finanziellen Konsolidierung legen CDU und SPD ein starkes Augenmerk auf die Transformation der Verwaltung hin zu einer moderneren, digitalen, resilienten und bürgerfreundlicheren Organisation. Gemeinsam mit den Kommunen soll der Weg in eine leistungsfähige, zukunftsgerichtete und kooperationsorientierte Verwaltung beschritten werden – immer mit dem Ziel, den Rheinisch-Bergischen Kreis als zukunftsstetigen, attraktiven und lebenswerten Raum zu gestalten.

Dreistufiger Transformations- und Konsolidierungsprozess:

1. Fortschreibung und konsequente Umsetzung bestehender und neuer Konsolidierungsmaßnahmen

Die Konsolidierung des Haushalts wird auch in den kommenden Jahren eine sehr hohe Priorität haben. Die Maßnahmen, die im Rahmen des bisherigen Haushaltsbegleitbeschlusses entwickelt wurden, werden fortlaufend überprüft und angepasst.

Kurzfristig umsetzbare Maßnahmen mit sofortiger Wirkung auf die Haushaltsslage (z. B. Einsparungen in der Sachmittelverwendung, Prozessverschlankungen) werden ebenso weiterentwickelt wie strukturelle Maßnahmen mit langfristigem Wirkpotenzial.

Wir werden die Verwaltung beauftragen, regelmäßig Konsolidierungsberichte vorzulegen, um Fortschritte transparent zu dokumentieren. Synergien zwischen Kreis und Kommunen sollen zusätzlich gezielt identifiziert und genutzt werden, um gemeinsame Einsparpotenziale zu erschließen.

2. Verwaltungstransformation: Aufbau einer digitalen, effizienten und bürgerorientierten Kreisverwaltung

Die Transformation der Verwaltung ist eine strategische Notwendigkeit angesichts wachsender Aufgaben, sinkender Personalressourcen und steigender Anforderungen von Bürgerinnen und Bürgern. Unser Ziel ist es, alle Verwaltungsleistungen digital, serviceorientiert, rechtssicher, effizient und büroraumsparend abzubilden.

Wo es möglich ist, sollen Verwaltungsabläufe auch ämterübergreifend gebündelt werden, um für die Bürgerinnen und Bürger (Kunden) in der Außendarstellung eine einheitliche Anlaufstelle zu erhalten (One-Stop-Agency). Die Ämter sollen sukzessive in der internen Verwaltungskultur zu „Service-Centern“ umgebaut werden, um die Kunden- bzw. Bürgerorientierung in den Vordergrund zu stellen.

Die Koalition setzt sich für eine kontinuierliche Optimierung von Verwaltungsabläufen ein, die unter Nutzung digitaler Werkzeuge (z. B. Prozessautomatisierung, KI-basierte Anwendungen) effizienter gestaltet werden sollen.

Der Stellenplan wird trotz wachsender Aufgaben grundsätzlich nicht erweitert. Um zukunftsrelevante Aufgaben umsetzen zu können, sollen vorrangig Umschichtungen erfolgen und Verwaltungsressourcen gezielt in Prioritätsbereiche gelenkt werden.

Eine effiziente und raumsparende Flächenbewirtschaftung und moderne Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle sollen weiter forciert und stetig evaluiert werden.

Der Transformationsprozess wird durch politische Steuerung sowie die enge Einbindung der Mitarbeitenden aktiv begleitet. Deren Mitgestaltung ist gewünscht und wird durch geeignete Formate sichergestellt. Investitionen in die Digitalisierung sind explizit von Einsparmaßnahmen ausgenommen, sofern sie nachweislich Effizienzgewinne ermöglichen und voraussichtlich innerhalb von fünf Jahren Personalressourcen entlasten.

3. Interkommunaler Strategieprozess zur Stärkung gemeinsamer Investitions- und Innovationskraft

Der Kreis versteht sich als koordinierender und unterstützender Partner der kreisangehörigen Kommunen. Die Zusammenarbeit soll auf Freiwilligkeit, Augenhöhe und gegenseitigem Respekt beruhen. Der Kreis lädt zur aktiven Mitwirkung ein.

Ziel ist der Aufbau eines dauerhaften interkommunalen Transformationsprozesses, der finanzielle, personelle und strukturelle Ressourcen bündelt, um eine schlagkräftige kommunale Familie zu formen.

Die Kernziele des Strategieprozesses sind:

- Optimierung von Verwaltungsprozessen durch Synergien (z. B. gemeinsame Vergaben, IT-Strukturen, Digitalisierungsinitiativen)
- Effizientere Akquise und Nutzung von Fördermitteln durch ein gemeinsames integriertes Planungs- und Fördermittelmanagement
- Bürgerzentrierung durch den Aufbau von Dienstleistungsbündeln („One-Stop-Agency“)
- Flexibilität durch Kooperationsmodelle auch ohne Einstimmigkeitsprinzip – Kommunen mit ähnlichen Prioritäten können unabhängig agieren
- Ein Monitoring-System wird eingeführt, das Zielerreichung, Wirkungen und Effizienz der Maßnahmen systematisch überprüft und dynamisch weiterentwickelt.

Fünf priorisierte Handlungsbereiche in Zeiten eingeschränkter finanzieller Spielräume

1. Bildung und Fachkräftesicherung

- Realisierung des „Campus berufliche Bildung“ auf dem Zanders-Gelände in Bergisch Gladbach – in enger Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft und weiteren Partnern
- Bekämpfung des regionalen Fachkräftemangels durch moderne, praxisnahe Ausbildungsangebote
- Ausbau und Modernisierung der kreiseigenen Förderschulen
- Unterstützung der Wirtschaft bei der regionalen Fachkräftesicherung und -gewinnung durch geeignete wirtschaftsfördernde Maßnahmen

2. Digitalisierung und KI-gestützte Transformation

- Zugang der Bürgerinnen und Bürgern zu Verwaltungsdienstleistungen über das Prinzip „One Face to the Customer“
- Investitionen in digitale Infrastruktur und KI-Anwendungen als Grundlage für effizientere Prozesse in der kommunalen Verwaltung
- Benennung einer / eines KI-Beauftragten zur strategischen Koordination

- Ein Sofortprogramm zur Beschleunigung der Digitalisierung weiterer Verwaltungsverfahren wird innerhalb eines Jahres umgesetzt
- Stärkung der IT-Sicherheit durch Benennung einer / eines IT-Sicherheitsbeauftragten

3. Bezahlbarer Wohnraum

- Ziel ist die Entlastung des Wohnungsmarktes, insbesondere vor dem Hintergrund des Siedlungsdrucks durch die Rheinschiene.
- Es bedarf hierzu Entwicklungs- und Verdichtungsflächen, die in den Kommunen bereitgestellt werden müssen.
- Unser Ziel ist es, in den kommenden fünf bis zehn Jahren mindestens 400 neue, bezahlbare Wohneinheiten im Kreis in Zusammenarbeit mit der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft (RBS) und den Kommunen zu schaffen und hierzu alle Fördermöglichkeiten von Bund und Land zu nutzen.
- Nutzung der Entwicklungsflächen in Kooperation mit der RBS und anderer wirtschaftlicher Akteure am Wohnungsmarkt. Hierzu ist es notwendig, dass der RBS kein weiteres Eigenkapital entzogen wird.

4. Resilienz und Bevölkerungsschutz

- Erweiterung der Investitionen in Katastrophenschutzinfrastruktur, Fahrzeuge und Ausstattung
- Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Blaulichtfamilie und Förderung interkommunaler Einsatzkonzepte
- Erhöhung der Resilienz gegenüber klimatischen Extremereignissen und sicherheitsrelevanten Krisenereignissen durch vorausschauende Investitionen

5. Verkehr und Verkehrsinfrastruktur

- Erhalt eines zukunftsorientierten und bedarfsgerechten ÖPNV und SPNV
- Priorisierung von Investitionen in Kreisstraßen, Radwege und Schieneninfrastruktur (auch in Zusammenarbeit mit externen Aufgabenträgern)
- Verbesserte Anbindung durch interkommunale Abstimmung und Integration in den übergeordneten Strategieprozess sowie Priorisierung der Neuaufstellung des Nahverkehrsplans
- Ziel: Erhalt und Modernisierung einer leistungsfähigen, klimafreundlichen Verkehrsinfrastruktur zur Sicherung der Standortqualität

Strategisches Beteiligungsmanagement

- Einführung eines systematischen Beteiligungsmanagements zur strategischen Steuerung aller kreiseigenen und -beteiligten Gesellschaften
- Erstellung einer Beteiligungsstrategie mit klaren Aufgaben-, Ziel- und Prioritätssetzungen
- Verbindliche strategische Zielvorgaben für die Gesellschaften in Abstimmung mit den anderen beteiligten Eigentümern
- Einheitliches Berichtswesen zur Erhöhung von Transparenz, Vergleichbarkeit und Steuerbarkeit
- Regelmäßige Überprüfung der Beteiligungen hinsichtlich der Einhaltung von Wirtschaftlichkeit, Zielerreichung und strategischer Relevanz
- Qualifizierung der politischen Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien zur effektiven Wahrnehmung der Interessenvertretung des Kreises

Fazit

CDU und SPD setzen auf eine zukunftsorientierte Politik, die finanzielle Verantwortung, Digitalisierung, Verwaltungsmodernisierung und interkommunale Kooperation miteinander verknüpft. Ziel ist ein leistungsfähiger, strategisch ausgerichteter Kreis, der seine Ressourcen effizient einsetzt und seine Mitgliedskommunen nachhaltig stärkt. In Zeiten enger Spielräume in den kommunalen Haushalten der kommunalen Familie setzt die Koalition klare, aber auch begrenzte Prioritäten, um Planungssicherheit zu gewährleisten. Nachfolgende Handlungsschwerpunkte können auch zusätzliche freiwillige Leistungen beinhalten, die die Koalition aus CDU und SPD entsprechend ihrer Finanzierbarkeit und Verfügbarkeit von Fördermitteln im Einzelfall prüfen wird.

Kapitel 2: Schule, Bildung, Kultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt im Rheinisch-Bergischen Kreis

Grundsätze

CDU und SPD bekennen sich zu einem umfassenden Bildungs-, Kultur- und Teilhabeverständnis, das über klassische Schulpolitik hinausgeht. Bildung wird als lebenslanger Prozess verstanden, der im frühkindlichen Alter beginnt, über die schulische und berufliche Bildung hinausreicht und durch kulturelle Angebote, demokratische Bildung sowie sportliche Betätigung begleitet wird. Der Rheinisch-Bergische Kreis soll ein Ort sein, an dem Kinder und Jugendliche unabhängig von Herkunft, Einkommen und sozialen Lebensumständen gute Startchancen erhalten, sich entfalten können und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Bildung, Kultur und Sport sind zentrale Bestandteile gesellschaftlicher Integration, der Förderung von Resilienz und demokratischer Werte. Die Koalition sieht in diesen Bereichen nicht nur Kernaufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, sondern auch entscheidende Hebel zur Förderung von Fachkräften, Talenten und Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb setzt sie auf hochwertige Bildungsangebote, die Weiterentwicklung der Berufskollegs- und Förderschullandschaft sowie auf ein starkes Netzwerk von Kulturträgern, Ehrenamtlichen und Sportvereinen.

Besonderes Augenmerk gilt der Stärkung der beruflichen Bildung, der inklusiven und wohnortnahen Förderung von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf, der Integration zugewanderter junger Menschen und der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen des Kreises. Auch die Förderung demokratischer Bildung und die Unterstützung engagierter Bürgerinnen und Bürger im Kultur- und Sportbereich bleiben wichtige Bausteine der Kreispolitik.

Strategische Ziele und Handlungsschwerpunkte

1. Campus für berufliche Bildung und Weiterentwicklung der Berufskollegs

Der Campus auf dem Zanders-Gelände in Bergisch Gladbach ist das zentrale bildungspolitische Großprojekt der kommenden Jahre. Ziel ist der Aufbau eines modernen Ausbildungsstandorts, der auf die regionalen Bedarfe im Handwerk, der Industrie und den Dienstleistungsbranchen abgestimmt ist. In enger Kooperation mit der Stadt Bergisch Gladbach, der Kreishandwerkerschaft und weiteren Partnern soll der Campus zu einem innovativen Lern- und Lebensort entwickelt werden.

Der Campus soll sowohl Schul- als auch Wohninfrastruktur bieten, um die Attraktivität der dualen Ausbildung zu stärken. Entscheidungen über Standort und Umsetzung müssen zeitnah erfolgen, um Verzögerungen in der Fachkräfte sicherung zu vermeiden.

Das Bergische Berufskolleg in Wipperfürth/Wermelskirchen – aktuell in Trägerschaft des Oberbergischen Kreises – soll aus Sicht der Koalition als wichtiger Bestandteil der regionalen Berufsausbildung erhalten werden. Die Berufsschulentwicklungsplanung ist Grundlage für künftige Entscheidungen über den Standort.

Darüber hinaus wird partnerschaftlich für den Berufsschulstandort Leverkusen gemeinsam mit den betroffenen Kommunen Burscheid und Leichlingen der Austausch gesucht.

2. Förderschulen stärken – barrierefreie Bildung wohnortnahm sichern

Der Beschluss von 2024 zur „zukunftsähigen Aufstellung der Förderschulen“ wird konsequent umgesetzt. Ziel ist ein vielfältiges, qualitativ hochwertiges und wohnortnahmes Förderschulangebot, das Familien eine echte Wahlfreiheit zwischen Regel- und Förderschule bietet. Der Schutzraum „Förderschule“ bleibt erhalten, wo pädagogisch sinnvoll.

Kooperationen mit Schulzentren der Kommunen sollen bei Neubauten angestrebt werden, um Synergien in Infrastruktur und pädagogischer Begleitung zu nutzen.

Ein Sanierungs- und Investitionsplan für Förderschulen wird – im Nachgang zum Beschluss des Kreistages vom 14.03.2024 und auf Basis der Fortentwicklung des Schulentwicklungsplans – entwickelt und umgesetzt.

3. Bildungsnetzwerk – schulisches und außerschulisches Lernen verknüpfen

Das kreisweite Bildungsnetzwerk ist eine etablierte Plattform, die Schulen, Kitas, Fachkräfte, Träger und außerschulische Bildungsorste miteinander vernetzt.

CDU und SPD wollen die erfolgreiche Arbeit des Netzwerks dauerhaft absichern und ausbauen – insbesondere in den Bereichen MINT-Förderung und KAoA (Kein Abschluss ohne Anschluss).

Im Übergang von Schule zu Beruf wird das Bildungsnetzwerk als Brückenbauer gestärkt. Ganztags- und Ferienangebote – auch im Bereich der Förderschulen – werden weiterentwickelt, um Vereinbarkeit und Chancengleichheit zu gewährleisten. Die Ausstattung mit Sportstätten zur Bewegungsförderung und Sportbildung ist fester Bestandteil dieser Infrastruktur.

Die Einhaltung bestehender gesetzlicher Rahmenbedingungen (z. B. zum Ganztagsausbau) wird bei allen Maßnahmen sichergestellt. CDU und SPD erwarten von Bund und Land, dass diese dem Konnektivitätsprinzip folgend dauerhaft Finanzmittel zum gesicherten und qualitativ hochwertigen Betrieb zur Verfügung stellen.

4. Schulsozialarbeit und psychologische Unterstützung ausbauen

Kinder und Jugendliche stehen zunehmend unter psychischem, sozialem und emotionalem Druck. Die Koalition reagiert auf die steigenden Bedarfe durch:

- Stärkung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit und der schulpsychologischen Beratungsangebote
- Auf- und Ausbau von Kriseninterventionen an Schulen, insbesondere bei psychischen Belastungen, Mobbing, Cybermobbing oder Schulabsentismus

Die Beratungsangebote für Schüler, Eltern und Lehrkräfte werden verlässlich und niederschwellig organisiert.

5. Integration zugewanderter Kinder und Jugendlicher begleiten

Das Kommunale Integrationszentrum ist ein wichtiger Partner bei der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Die Programme KIM, Landesfördermittel und die Koordinierung durch

den Kreis werden dauerhaft gefördert. Ziel ist eine chancengerechte Bildung und Integration in Schule, Alltag und Gesellschaft.

6. Demokratie fördern – Beteiligung stärken

CDU und SPD setzen sich für eine nachhaltige Demokratieförderung ein. Der Kreis unterstützt Initiativen, die Beteiligung, Respekt, Toleranz und Zivilcourage stärken.

Schulen im Kreis sollen aktiv am Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ teilnehmen – ideell und finanziell begleitet durch den Kreis. Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung werden strukturell gefördert. Der Kreis hilft bei der Akquise von Fördermitteln zur Verstärkung solcher Projekte.

CDU und SPD setzen sich für eine stärkere politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein.

7. Kultur- und Ehrenamtsförderung sichern und sichtbarer machen

Kulturelle Vielfalt prägt Identität und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Kreis. Die Koalition setzt auf eine Weiterentwicklung des kreiseigenen Kulturprogramms, insbesondere:

- Fortführung und Ausbau der Projekte „Kultur in Schule“ und „Kulturscouts“
- Sichtbarmachung und Unterstützung des Ehrenamts in Kunst- und Kulturvereinen, Musik- und Theatergruppen sowie der Denkmal- und Erinnerungskultur
- Der Zugang zur kulturellen Teilhabe soll für alle ermöglicht werden.
- Die Angebote sind regional mit dem Angebot anderer Kommunen und Kreise, dem LVR und anderen Organisationen zu vernetzen.

8. Sport als Motor für Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe

Der Breitensport spielt eine wichtige Rolle in der Gesundheitsprävention, Integration und Inklusion. Der Kreissportbund bleibt zentraler Partner des Kreises. Der „Pakt für den Sport“ wird konsequent weitergeführt. Unterstützung erfolgt insbesondere bei:

- Qualifizierung des Ehrenamts
- Verlässlicher Begleitung und Förderung von Sportvereinen und Bewegungsinitiativen (insbesondere Öffnung und Nutzung neuer Förderangebote des Landes „Moderne Sportstätte“)
- Nutzung neuer Fördermittel ab 2026 für eigene Liegenschaften des Sports
- Unterstützung der Vereine über den Kreissportbund bei Antragsstellungen und Modernisierungsmaßnahmen
- Ausbau barrierefreier, moderner Sportinfrastruktur. Wir erwarten von Bund und Land geeignete Förderkulissen, um die erforderlichen Maßnahmen zeitnah umsetzen zu können und werden uns dafür einzusetzen.

Der Zugang zu Sportangeboten wird als Mittel gesellschaftlicher Teilhabe verstanden.

Fazit

CDU und SPD verfolgen eine ganzheitliche Strategie für Schule, Bildung, Kultur und Teilhabe. Im Mittelpunkt steht der Mensch: Kinder, Jugendliche und Familien sollen Unterstützung erhalten, um individuelle Potenzi-ale entfalten zu können – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Lebenssituation. Gleichzeitig stärken Kultur und Sport die sozialen Bindegkräfte im und die Identifikation mit dem Kreis. In allen Maßnahmen wird besonderer Wert auf Verlässlichkeit, Leistungsfähigkeit und zielgerichtete Kooperation mit allen relevanten Akteuren gelegt.

Kapitel 3: Mobilität und Verkehrsinfrastruktur – klimafreundlich, vernetzt und zukunftsfähig

Grundsätze

Mobilität ist ein zentrales Element moderner Daseinsvorsorge und ein wesentlicher Standortfaktor für den Rheinisch-Bergischen Kreis. CDU und SPD verfolgen das Ziel, die Mobilität der Menschen zu sichern, auszubauen und gleichzeitig die Verkehrssysteme an den Anforderungen des Klimaschutzes, der Digitalisierung und des demografischen Wandels auszurichten. Dabei muss der Kreis als stark differenzierter Raum – mit urbanen Verdichtungszonen ebenso wie ländlich geprägten Regionen – Verkehrslösungen bieten, die den unterschiedlichen Bedürfnissen seiner Bevölkerung gerecht werden.

Eine verlässliche, bezahlbare und klimafreundliche Mobilität ist für die wirtschaftliche Entwicklung ebenso wichtig wie für die soziale Teilhabe. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), der schienengebundene Nahverkehr (SPNV), eine leistungsfähige Straßeninfrastruktur, der Ausbau des Radwegenetzes sowie neue Formen der Mobilität (On-Demand-Verkehre, E-Mobilität, intermodale Mobilstationen) sind Bestandteile einer modernen Verkehrspolitik, die sich an Klimazielen, Nutzerfreundlichkeit und Effizienz orientiert.

Gleichzeitig steht der Kreis vor erheblichen finanziellen Herausforderungen, die auch die Verkehrspolitik betreffen. Konsolidierungsbeschlüsse auch im Bereich des ÖPNV machen eine intelligente Priorisierung erforderlich. Die Koalition bekennt sich dennoch zu Investitionen in zukunftsfähige Verkehrsangebote, sofern sie verkehrlich sinnvoll und finanziertbar sind.

Klar ist: Zukunftsfähige Mobilität entsteht nicht im Alleingang. Sie erfordert eine enge Kooperation mit Nachbarkommunen, Verkehrsunternehmen, Land und Bund sowie eine enge Abstimmung mit der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft.

Strategische Ziele und Handlungsschwerpunkte

1. Zukunftsicher ÖPNV: Effizienz, Qualität und Beteiligung im Nahverkehrsplan

Bis 2028 wird ein neuer Nahverkehrsplan (NVP) entwickelt und beschlossen. Die Erstellung erfolgt unter intensiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen im Kreis. Der neue NVP soll sowohl Einsparziele (19,2 Mio. € bis 2029) umsetzen als auch Verbesserungspotenziale identifizieren.

Maßnahmen zur Effizienzsteigerung:

- Prioritär Umsetzung von Einsparungen mit möglichst geringen Auswirkungen auf Fahrgäste
- Wirtschaftlichste Antriebstechnologien bei Neufahrzeugen – klimafreundlich, aber wirtschaftlich vertretbar
- Bedarfsorientierter Ausbau statt flächendeckender Angebotssteigerung.

2. ÖPNV-Angebot weiterentwickeln – trotz Konsolidierung

Leistungsverbesserungen werden dort realisiert, wo sie verkehrlich sinnvoll und finanziertbar sind. **Konkret:**

- Verbesserte Anbindungen durch Schnellbuslinien insbesondere in Regionen ohne SPNV-Anschluss
- Prüfung weiterer Express- und Direktverbindungen zu großen Arbeitgebern, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen – auch im Schichtbetrieb
- Während der Bauarbeiten an der S11 wird weiter eine bessere Anbindung aus Bergisch Gladbach an die Haltestelle Thielenbruch angestrebt
- Verbesserung der Erreichbarkeit des Technologiepark aus Köln / Bensberg
- Entwicklung von On-Demand-Verkehren für die Zukunft – perspektivisch auch mit autonomen Fahrzeugen
- Bürgerbusvereine sollen weiterhin unterstützt werden, insbesondere beim Ersatz konventioneller Linienverkehre in dünn besiedelten Gebieten. Denkbar sind Anreize wie ein kostenfreies Deutschlandticket für ehrenamtliche Fahrerinnen und Fahrer.

Maßnahmen zur Entwicklung und Optimierung des Schienenverkehrs (SPNV)

Kooperation mit go.Rheinland, Stadt Köln, KVB und DB zur Verbesserung des SPNV. **Konkrete Zielsetzungen („Zielnetz 2040“):**

- Einführung eines 10-Minuten-Takts der S11 zwischen Bergisch Gladbach und Köln
- Ausbau der S11 mit zweitem Gleis und Vermeidung von Ausfällen – insbesondere zwischen Dellbrück und Bergisch Gladbach
- Haltepunkt RB 25 in Overath-Vilkerath und langfristiger Ausbau der RB 25 zur S-Bahn
- S-Bahn Leichlingen zur direkten Anbindung nach Düsseldorf
- Stadtbahnlinie Leverkusen – Burscheid – Wermelskirchen – Remscheid: Umsetzung erster Planungsschritte bei positiver Machbarkeitsstudie
- Verhandlungen zur Wiederaufnahme des Regelbetriebs auf der Linie 1 in Stoßzeiten und Umsetzung der 3-fach-Traktion
- Prüfung der Verlängerung der Linie 18 über Thielenbruch hinaus bis nach Bergisch Gladbach
- Ausschöpfung der Fördermöglichkeiten zur Realisierung einer verbesserten infrastrukturellen Erreichbarkeit des Technologieparks Moitzfeld über die Endhaltestelle der Linie 1 hinaus (technologieoffen)

3. Förderung intermodaler Mobilität und digitale Verkehrsinformation

- Ausbau von Mobilstationen 2.0, die u. a. folgendes verknüpfen:
 - Pedelec-Verleihsysteme
 - Carsharing-Angebote
 - abschließbare Fahrradboxen mit Stromanschluss
- Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge
- Weitere Ausstattung zentraler Umsteigepunkte mit digitalen Fahrgast-Informationssystemen („digitale Tafeln“) zur Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit
- Intermodale Planungsperspektiven (Fahrrad–Bahn–Bus–Carsharing) sollen im neuen Nahverkehrsplan berücksichtigt werden

4. Förderung der E-Mobilität

- Ausbau von Ladeinfrastruktur:
 - Ladepunkte für Pkw und E-Bikes an allen öffentlichen Kreisgebäuden

- Aufruf an Energieversorger im Kreis, an öffentlich zugänglichen Plätzen und großen Einkaufszentren Ladestationen zu betreiben
- Private E-Mobilität wird durch Planungssicherheit und Sichtbarkeit der Infrastruktur gefördert

5. Qualitätsstandards und Barrierefreiheit im ÖPNV

- Im Rahmen des Nahverkehrsplanes wird eine Qualitätsoffensive gestartet:
 - Alle eingesetzten Busse sollen möglichst bald auf vor Ort klimaneutrale Antriebe umgestellt werden.
 - Fahrzeuge müssen ausreichende Kapazitäten für Kinderwagen, Rollstühle und Rollatoren bieten.
 - Ausbauziele und Priorisierung für barrierefreie Haltestellen werden erarbeitet.
 - Bei kommunaler Haltestellenmodernisierungen wird ein besonderes Augenmerk auf Barrierefreiheit und Schulwegsicherheit gelegt.

6. Straßeninfrastruktur modernisieren und erhalten

Kreisstraßen sind wichtige Lebensadern – für Pendlerverkehr, Wirtschaft, Rettungsdienste und ÖPNV. Die Koalition verfolgt:

- Aktualisierung und Verstärkung des Sanierungskonzepts für Kreisstraßen
- Ausbau von Rad- und Gehwegen entlang von Kreisstraßen – insbesondere zur Sicherung von Schulwegen
- Berücksichtigung klimatischer Aspekte bei der Straßensanierung (z. B. Hitzebeständigkeit, Entwässerung)

7. Planungsprozesse beschleunigen und besser koordinieren

- Frühzeitige Abstimmung mit allen relevanten Akteuren bei großen Bauprojekten im Bereich Autobahn-, Bundes- und Landstraßen sowie Schieneninfrastruktur
- Ziel: koordinierte Umsetzung mit möglichst geringen Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner
- Alle Optionen zur Verkürzung von Planungs- und Realisierungszeiten sollen genutzt werden – auch durch Digitalisierung, parallele Verfahren und behördliche Beratung früh im Prozess

8. Regionale Radschnellwege stärken

- Der Kreis unterstützt aktiv den Ausbau überregionaler Radschnellwege in den folgenden Relationen:
- Diese Verbindungen sollen zur echten Alternative für Pendlerinnen und Pendler werden – insbesondere im Zusammenspiel mit ÖPNV-Angeboten und Mobilstationen.

Fazit

CDU und SPD verfolgen eine verantwortungsvolle und realistische Verkehrspolitik, die den Spagat zwischen finanziellen Rahmenbedingungen und dem Anspruch auf zukunftsorientierte, klimafreundliche und effiziente Mobilität meistert. Im Zentrum stehen die Menschen im Rheinisch-Bergischen Kreis – mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen im urbanen wie im ländlichen Raum. Der Fokus liegt auf intelligenter Planung, interkommunaler Kooperation, Digitalisierung, nachhaltigen Investitionen und der Sicherung gleichwertiger Mobilitätschancen für alle.

Kapitel 4: Bevölkerungsschutz, Rettungswesen und Verbraucherschutz – Sicherheit, Vorsorge und Verlässlichkeit

Grundsätze

Die Sicherheit der Bevölkerung ist eine zentrale Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge und gewinnt angesichts zunehmender Krisen, extremer Wetterereignisse, globaler Gesundheitsrisiken und veränderter sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen weiter an Bedeutung. CDU und SPD bekennen sich zu einem leistungsfähigen, zukunftsfesten und verlässlich organisierten System des Rettungswesens, des Bevölkerungsschutzes und des Verbraucherschutzes im Rheinisch-Bergischen Kreis.

Ziel der Koalition ist es, die bestehenden Strukturen nicht nur zu erhalten, sondern systematisch weiterzuentwickeln. Rettungsdienst, Bevölkerungsschutz, präventive Gesundheitsvorsorge und Information der Bevölkerung sollen als miteinander verzahnte Bestandteile eines integrierten Sicherheits- und Versorgungssystems verstanden werden. Dabei steht der Mensch im Mittelpunkt: Hilfe soll bedarfsgerecht, schnell, medizinisch fundiert und effizient geleistet werden – unabhängig von Wohnort oder sozialer Lage.

Die Koalition setzt auf Prävention, Vernetzung, Standardisierung und Digitalisierung, um die Leistungsfähigkeit der Systeme langfristig zu sichern. Gleichzeitig wird der interkommunalen Zusammenarbeit eine zentrale Rolle eingeräumt, um Ressourcen zu bündeln, nicht erforderliche Redundanzen zu vermeiden und die Einsatzfähigkeit kreisweit zu stärken.

Strategische Ziele und Handlungsschwerpunkte

1. Rettungswesen und Rettungsdienst

Zielbild eines integrierten, leistungsfähigen Rettungssystems

CDU und SPD bekennen sich zu einem starken, modernen und bedarfsgerecht organisierten Rettungsdienst. Ziel ist ein funktionierendes Gesamtsystem, das alle Hilfeersuchen differenziert erfasst und angemessen bedient.

Die rettungsdienstliche Versorgung soll medizinisch fundiert und wirtschaftlich organisiert sein. Denn eine einheitliche, qualitativ hochwertige Versorgung stärkt die Versorgungssicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger im Kreis.

Nahtlose Rettungskette und gestärkte Leitstellenfunktion

Die Koalition strebt eine vollständig funktionierende Rettungskette an:

- von der Ersten Hilfe
- über die Leitstelle
- bis hin zur Notaufnahme.

Schnittstellen zwischen den Akteuren werden vereinheitlicht. Die Leitstelle erhält eine gestärkte Rolle zur:

- differenzierten Erfassung medizinischer Hilfeersuchen
- gezielten Disposition der jeweils richtigen Ressource
- Steuerung des Gesamtsystems

Prävention als strategischer Bestandteil des öffentlichen Gesundheitsdienstes

Präventive Maßnahmen sollen ergänzend zu den Maßnahmen im Rettungsdienst künftig integraler Bestandteil der Strategie des Gesundheitsdienstes sein. Ziel ist es, Notfälle möglichst vor ihrem Eintritt zu verhindern oder abzumildern.

Geplante Maßnahmen:

- niedrigschwellige medizinische und soziale Hilfsangebote
- enge Zusammenarbeit mit sozialen Diensten und ambulanten Leistungserbringern
- frühzeitige Vermittlung Hilfesuchender in passende Versorgungsstrukturen
- Stärkung der Gesundheitskompetenz der Bevölkerung

Die Einbindung der Bevölkerung erfolgt u. a. durch ein smartphonebasiertes Ersthelferalarmierungssystem.

Vereinheitlichung und Digitalisierung des Rettungsdienstes

Zur Steigerung von Effizienz, Interoperabilität und Wirtschaftlichkeit wird eine kreisweite Vereinheitlichung angestrebt:

- Fahrzeuge
- medizinische Ausrüstung
- technische Ausstattung

Die Vereinheitlichung erfolgt im Dialog mit den Trägern der Rettungswachen. Ziel ist eine verbesserte Einsatzfähigkeit im gesamten Kreisgebiet und eine Erhöhung der Patientensicherheit.

Ergänzend wird der Einsatz telemedizinischer Systeme (z. B. Telenotarzt) vorangetrieben.

Die Digitalisierung des Rettungsdienstes umfasst:

- standardisierte Notrufabfrage
- digitale Einsatzdokumentation
- intelligente Leitstellenunterstützung
- Erzeugung der Datengrundlage zur Erstellung und Auswertung medizinischer Qualitätsindikatoren

Auf dieser Grundlage wird ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess etabliert.

2. Bevölkerungsschutz (Civil- und Katastrophenschutz)

Stärkung und Verzahnung der Strukturen

Die Strukturen des Katastrophenschutzes sollen unter Einbindung aller relevanten Akteure sichtbar stabil und leistungsfähig aufgestellt werden:

- Feuerwehren
- Hilfsorganisationen
- kommunale Akteure
- Zivilbevölkerung

Die interkommunale Zusammenarbeit wird gezielt gestärkt, um Einheiten flexibel einsetzen zu können und kommunale Grenzen im Einsatzfall zu überwinden.

Die operativ-taktische Einsatzleitung unter dem Landrat wird transparent organisiert und eng mit dem Krisenstab verzahnt. Die personelle Zusammensetzung der Einsatzstrukturen richtet sich an realistischen Einsatzszenarien aus.

Gefahrenabwehrzentrum und integrierte Leitstelle

Die Planungen für ein modernes, zukunftsstabile Gefahrenabwehrzentrum werden aktiv unter Einbindung aller Akteure vorangetrieben. Bestandteil soll eine integrierte Leitstelle an einem Standort sein.

Ziel ist ein widerstandsfähiges, vernetztes, leistungsfähiges Gesamtsystem der Gefahrenabwehr. Eine enge Vernetzung mit der Polizei wird angestrebt.

Katastrophenschutzbedarfsplanung und Schutzraumkonzept

Zur systematischen Erfassung von Risiken und Bedarfen wird eine Katastrophenschutzbedarfsplanung eingeführt. Diese bildet künftig die Grundlage für:

- Beschaffungen
- Vorhaltungen
- Infrastrukturscheidungen

Alle Kommunen und Hilfsorganisationen werden einbezogen. Parallel wird unter Berücksichtigung von zu erwartenden Anforderungen von Bundes- und Landesregierung ein Schutzraumkonzept entwickelt:

- zunächst Erstellung eines kreisweiten Katasters potenzieller Schutzräume,
- anschließend Ertüchtigung bestehender und Schaffung neuer Schutzräume unter Nutzung von Landes- und Bundesmitteln

3. Information und Einbindung der Bevölkerung

Die Information der Bevölkerung im Rettungswesen und Katastrophenschutz wird deutlich verbessert.

Maßnahmen:

- dezentrale Informationsveranstaltungen
- Gewinnung freiwilliger Katastrophenhelfer als Multiplikatoren
- bessere Aufklärung über Warnsysteme

Die Ausstattung mit Sirenen und weiteren Alarmsystemen wird optimiert. Die Bevölkerung wird umfassend über

- Bedeutung der Warnsignale,
- zusätzliche Informationskanäle und
- Einsprechstellen informiert.

Bestehende Informationssysteme bleiben erhalten und werden weiterentwickelt.

4. Verbraucherschutz

CDU und SPD bekennen sich zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Verbraucherzentralen. Ziel ist eine unabhängige, verlässliche Beratung für Bürgerinnen und Bürger, die ihre berechtigten Interessen gegenüber Gewerbetreibenden nicht eigenständig durchsetzen können. Auch die Schuldnerberatung soll – soweit möglich – erhalten und unterstützt werden.

5. Veterinärwesen und gesundheitliche Vorsorge

Die Erfahrungen aus der COVID-19-Pandemie werden für die Prävention genutzt. Der kreisweite Notfallplan zur Afrikanischen Schweinepest (ASP) wird

- unter Einbindung von Veterinäramt, Jägerschaft, Landwirtschaft und Forst aufrechterhalten und
- regelmäßig geübt.

Das Fallwild-Monitoring wird bei Bedarf ausgeweitet. Die Wildtierbestände werden in Zusammenarbeit mit der Forstbehörde und der Kreisjägerschaft zur Gewährleistung ökologischer und veterinerärer Ziele einem Monitoring und wo notwendig einer Steuerung unterzogen. Eine angemessene personelle und sachliche Ausstattung des Kreisveterinäramts wird dauerhaft sichergestellt.

Fazit

CDU und SPD setzen auf ein integriertes, präventiv ausgerichtetes und zukunfts festes Sicherheits- und Versorgungssystem im Rheinisch-Bergischen Kreis. Rettungsdienst, Katastrophenschutz, Verbraucherschutz und Veterinärwesen werden nicht isoliert betrachtet, sondern als vernetzte Säulen öffentlicher Sicherheit. Ziel ist eine verlässliche Versorgung, hohe Einsatzfähigkeit in Krisenlagen und eine gut informierte, resiliente Bevölkerung.

Kapitel 5: Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Gesundheit und Pflege – für einen starken und solidarischen Rheinisch-Bergischen Kreis

Grundsätze

CDU und SPD stehen für eine Politik, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Rheinisch-Bergischen Kreis stärkt, soziale Teilhabe sichert und wirtschaftliche Entwicklung mit fairen Arbeitsbedingungen verbindet. In Zeiten wachsender Unsicherheiten, demografischer Veränderungen, zunehmender sozialer Herausforderungen und steigender Anforderungen an Pflege und Gesundheitsversorgung ist es Aufgabe der Politik, verlässliche Strukturen zu schaffen, die Menschen in allen Lebenslagen Halt geben. Gleichzeitig setzen wir darauf, dass unsere regionale Wirtschaft bestmöglich Entwicklungsmöglichkeiten erhält, die durch unsere aktive Infrastrukturpolitik und unsere Wirtschaftsförderung positiv beeinflusst werden.

Soziale Sicherheit, ein funktionierendes Gesundheitssystem, inklusive und familienfreundliche Wohn- und Lebensformen sowie eine zukunftsgerichtete Arbeitsmarktpolitik sind die Grundpfeiler einer lebenswerten Region. Die Koalition verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, der wirtschaftliche Stärke, soziale Gerechtigkeit und individuelle Unterstützung zusammendenkt. Menschen sollen im Rheinisch-Bergischen Kreis gut arbeiten, sicher wohnen und gesund leben können – unabhängig von Alter, Herkunft oder sozialer Situation.

Besonderes Augenmerk gilt dabei der Fachkräftesicherung, der Förderung integrativer Wohnformen, der Unterstützung pflegender Angehöriger und der Verbesserung von Beratungs- und Präventionsangeboten. Der Kreis übernimmt dabei eine aktive Rolle als Koordinator, Vermittler und Unterstützer – in enger Zusammenarbeit mit Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Trägern, Unternehmen und der Zivilgesellschaft.

1. Arbeit und Wirtschaft – Fachkräfte sichern, Wertschöpfung stärken

Zielbild: Ein wirtschaftsstarker, zukunftsfähiger Kreis mit guten Arbeitsbedingungen

CDU und SPD verpflichten sich zu einer gemeinsamen Strategie zur Förderung der lokalen Wirtschaft. **Ziele sind:**

- Sicherung guter und fairer Arbeitsplätze
- Förderung der regionalen Wertschöpfung durch regionale Vermarktungsplattformen
- Stärkung von Existenzgründungen und Förderung der Unternehmensnachfolge
- Unterstützung der Unternehmen bei der Gewinnung von Fachkräften (In- und Ausland)
- Ausbau moderner, flexibler Arbeitsmodelle

Maßnahmen:

- Die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (RBW) bleibt zentraler Partner bei der Förderung von Unternehmen bei der Gründung, Unternehmensnachfolge, Fachkräftegewinnung, Nachhaltigkeitsförderung und Innovationen. Dies geschieht gemeinsam mit den kommunalen Wirtschaftsförderern und interkommunalen Partnern.
- Das Berg Konzept 3.0 wird entsprechend des Ziels der Fortentwicklung der touristischen Infrastruktur und weiterentwickelten Vermarktung unserer Tourismusregion in Zusammenarbeit mit den interkommunalen Akteuren weiterentwickelt.

- Die duale Ausbildung wird durch den Aufbau des Campus berufliche Bildung in Bergisch Gladbach gestärkt:
 - moderner, technisch gut ausgestatteter Lern- und Wohnort
 - Beitrag zur Fachkräfte sicherung insbesondere im Handwerk und den MINT-Berufen
- Arbeitsmarktpolitik wird gezielt mit Bildungs-, Integrations- und Standortpolitik verzahnt und als ein integriertes sowie vernetztes Steuerungsinstrument fortentwickelt.

2. Wohnen, Soziales und Integration – bezahlbar aber auch vielfältig und inklusiv

- Priorisierung auf die Schaffung bezahlbaren und an entsprechenden Baustandards orientierten Wohnraums
- CDU und SPD erkennen die unterschiedlichen Formen familiären Zusammenlebens an und setzen sich für generationenübergreifende, inklusive Wohnformen ein.
- Ziele:
 - Schaffung bezahlbaren Wohnraums unter Einbeziehung der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft (RBS) und anderer am Wohnungsmarkt aktiver Akteure unter Einbindung der Kommunen zur Identifizierung von Flächenpotentialen zur Schaffung von mind. 400 neuen Wohneinheiten im Kreis
 - Schaffung altersgerechter und barrierefreier Wohnungen
 - Vermeidung von Vereinsamung durch gemeinschaftliches Wohnen
 - Nutzung von Synergien zwischen den Generationen

Maßnahmen:

- Zusammenarbeit mit der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft (RBS) bei den Zielen der Entwicklung sowohl bezahlbarer als auch generationenübergreifender Quartiersstrukturen
- Nutzung von Industriebrachen und ungenutzten Flächen für neue Wohn- und Lebensquartiere sowie Förderung der Innenverdichtung
- Die Kreisverwaltung wird als Unterstützerin auftreten (Einbringung in interkommunalen Strategieprozess), um kommunale Bauflächen zu identifizieren und Baulandentwicklung aktiv zu unterstützen mit dem Ziel mehr und auch bezahlbaren Wohnraum zu schaffen
- Ausbau von inklusiven Strukturen:
 - Unterstützung von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen
 - Weiterentwicklung bestehender Beratungsangebote
 - Einbindung freier Träger, Verbände und Selbstvertretungen

3. Integration fördern – Vielfalt als Stärke nutzen

CDU und SPD setzen sich für eine gelebte Willkommenskultur ein. Menschen mit internationaler Geschichte, die im Kreis leben oder legal zuwandern, werden als Bereicherung gesehen.

Maßnahmen:

- Förderung des Kommunalen Integrationszentrums und seiner Programme (z. B. KIM)
- Zügige Bearbeitung von Asylanträgen und Integration in Arbeit und Gesellschaft
- Ausreichendes Angebot an Deutschkursen – Sprache als Schlüssel zur Teilhabe

- Unterstützung von Unternehmen und Institutionen bei der Integration von Zugewanderten in Ausbildung und Beruf

4. Schutz und Unterstützung für vulnerable Gruppen

Die Koalition setzt sich für die Stärkung von Präventions-, Schutz- und Unterstützungsstrukturen ein. Unser Fokus liegt auf:

- Prävention häuslicher Gewalt
- Schutz vor sexualisierter Gewalt
- Förderung seelischer Gesundheit

Maßnahmen:

- Verfestigung und Ausbau von Präventionsangeboten an Schulen und in der Jugendarbeit
- Würdigung und Förderung des Frauenhauses sowie der allgemeinen Frauenberatungsstelle im Kreis
- Verhandlungen mit dem Land über die Einrichtung und Finanzierung eines zweiten Frauenhauses im Kreis
- Enge Zusammenarbeit mit freien Trägern, Jugendhilfe, Polizei und Justiz
- Unterstützung von niedrigschwengigen Beratungsangeboten für Betroffene und deren Angehörige

5. Gesundheit – wohnortnah, ganzheitlich, präventiv

Sicherstellung der medizinischen Versorgung

Ziel ist die Sicherung einer hochwertigen, flächendeckenden medizinischen Versorgung in städtischen und ländlichen Gebieten.

Maßnahmen:

- Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung, Krankenhäusern, Kommunen und Krankenkassen
- Integrierte regionale Versorgungsplanung zur Vermeidung von Versorgungslücken
- Unterstützung bei der Ansiedlung von Hausärzten, Fachärzten und anderen Gesundheitsdienstleistern.

6. Gesundheitsförderung und Prävention

Der Kreis fördert eine gesundheitsbewusste Lebensweise und psychosoziale Gesundheit.

Maßnahmen:

- Unterstützung kommunaler Präventionsprojekte
- Organisation kreisweiter Gesundheitstage
- Einbindung bestehender Strukturen wie:
 - der Gemeindepsychiatrische Verbund (GPV)
 - Sozialpsychiatrische Zentren
 - Ausbau digitaler und mobiler Versorgungsangebote
- Unterstützung und Umsetzung eines Psychiatrieberichts für den Rheinisch-Bergischen Kreis

7. Pflege – Versorgung sichern, Angehörige entlasten, Fachkräfte gewinnen, Pflege wohnortnah und bedarfsgerecht gestalten

CDU und SPD setzen sich für den Ausbau einer vielfältigen, wohnortnahen Pflegeinfrastruktur ein. Dabei soll das gesamte Spektrum berücksichtigt werden:

- ambulante Pflege
- Kurzzeitpflege
- vollstationäre Pflege
- Pflegewohngemeinschaften

Unterstützung für pflegende Angehörige und Ehrenamt

Die Koalition erkennt die Bedeutung familiärer und ehrenamtlicher Pflege an. Ziel ist es, Unterstützungsangebote flächendeckend zu sichern und auszubauen:

- Pflegeberatung in Pflegestützpunkten wird gestärkt und zu einem Case Management, das aktiv unterstützt und nicht nur berät, weiterentwickelt.
- Qualifizierte, kontinuierliche Begleitung entlastet Pflegebedürftige und Angehörige.

Aktive Fachkräftegewinnung

CDU und SPD wollen gemeinsam mit Trägern der Pflege unter Einbeziehung der bestehenden Maßnahmen der RBW:

- Gezielte Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung mit anschließender Evaluation umsetzen.
- Das Projekt „Zukunftswerkstatt“ des DRK zur Anwerbung internationaler Pflegekräfte verstetigen und auf weitere Träger übertragen.
- Anerkennung, Integration und Qualifizierung stehen im Mittelpunkt der Fachkräftestrategie.

Wohnraum als Faktor der Fachkräftesicherung

Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende und Pflegekräfte ist Voraussetzung für erfolgreiche Personalgewinnung. Der Kreis soll gemeinsam mit Kommunen und Wohnungsbaugesellschaften entsprechende Angebote schaffen und fördern.

Fazit

CDU und SPD setzen sich für ein soziales, wirtschaftlich starkes und gesundes Rheinisch-Bergisches Kreisgebiet ein. Die Koalition will gute Wirtschaftsbedingungen und Arbeit, gerechte Bildungschancen, gesicherte Pflege und eine verlässliche Gesundheitsversorgung für alle Menschen schaffen. Die Bedürfnisse der Menschen stehen im Mittelpunkt – von der jungen Familie über Zugewanderte bis hin zu Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen. Durch Kooperation, moderne Strukturen und zielgerichtete Förderung wird der Kreis zu einem Ort, in dem alle gut leben können.

Kapitel 6: Kinder, Jugend und Familie – Starke Jugendhilfe für eine chancengerechte Zukunft

Grundsätze

Kinder und Jugendliche sollen im Rheinisch-Bergischen Kreis gesund, sicher und mit gleichen Chancen aufwachsen können – unabhängig davon, in welcher Kommune sie leben oder aus welchem sozialen Umfeld sie kommen. CDU und SPD sehen in der Kinder- und Jugendhilfe einen unverzichtbaren Teil der kommunalen Verantwortung für eine solidarische, zukunftsfähige Gesellschaft. Familien sind das Herzstück dieser Gesellschaft – in all ihren heutigen Erscheinungsformen. Dabei spielt es keine Rolle, in welcher Konstellation sie zusammenleben. Entscheidend ist, dass Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen.

Vor diesem Hintergrund setzt die Koalition auf eine Jugendhilfe, die frühzeitig unterstützt, bedarfsoorientiert begleitet und dabei verbindlich mit allen beteiligten Akteuren zusammenarbeitet – von Kindertageseinrichtungen über Schulen bis hin zu Jugendhilfeträgern. Der Fokus liegt auf Prävention statt Intervention, auf multiprofessionellen Lösungen, flexiblen Betreuungsangeboten und einer modernen Infrastruktur. Gleichzeitig muss dem zunehmenden Fachkräftemangel aktiv begegnet werden, um Qualität und Verlässlichkeit dauerhaft zu sichern.

Die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien ist damit nicht nur eine soziale, sondern auch eine bildungs- und wirtschaftspolitische Aufgabe. Eine starke Jugendhilfe stärkt die Zukunftsfähigkeit des gesamten Kreises – sie schützt, befähigt, integriert und fördert.

1. Frühkindliche Bildung, Betreuung und Familienfreundlichkeit

Verlässliche Betreuung und bedarfsgerechte Angebote

Ziel ist eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Betreuung in Kitas und der Offenen Ganztagschule (OGS). Die Koalition setzt sich ein für:

- bedarfsgerechte Öffnungszeiten an fünf Tagen pro Woche
- qualitativ angemessene räumliche Bedingungen in Kitas
- moderate Elternbeiträge, insbesondere für Familien mit geringem Einkommen (im Rahmen der aktuell geltenden Rahmenbedingungen)

Inobhutnahmen sollen, wo möglich, wohnortnah und in Eigenverantwortung durch das Jugendamt erfolgen.

Frühzeitige Platzvergabe und Trägervielfalt

Die frühzeitige und verlässliche Platzvergabe – z. B. über das Programm „Little Bird“ – wird weiter ausgebaut. Ziel ist es, Planbarkeit und Transparenz für Familien zu erhöhen.

Die Trägervielfalt in der Kindertagesbetreuung wird ausdrücklich gewürdigt und erhalten.

Personalgewinnung und Vertretungskonzepte

Die Sicherstellung von ausreichend qualifiziertem Fachpersonal ist Voraussetzung für ein funktionierendes System der Kinderbetreuung.

Maßnahmen:

- Offensive zur Gewinnung und Ausbildung von Fachkräften im Kita-Bereich (Fachkräftegewinnung könnte wie im Pflegebereich nach erfolgter Evaluation und Erfolg in Zusammenarbeit mit RBW erfolgen)
- Etablierung trägerübergreifender Vertretungspools zur Absicherung bei Personalengpässen (z. B. Modell Altenberger Dömchen in der Tagespflege)
- Ausbau von Ausbildungs- und Qualifizierungsangeboten in Zusammenarbeit mit Schulen, Trägern und Fachschulen

2. Gesundheitliche Prävention und vernetzte Hilfen

Gesundheitsvorsorge und soziale Unterstützung sollen in der Jugendhilfe stärker miteinander verzahnt werden.

Maßnahmen:

- Ergebnisse aus Schuleingangsuntersuchungen fließen gezielt in Jugendhilfeplanung und Maßnahmenentwicklung ein
- Ausbau präventiver und gesundheitsfördernder Angebote an Kitas und Schulen
- Die Zusammenarbeit mit Akteuren der Gesundheitsförderung wird intensiviert

Prävention stärken – statt Intervention

Die Koalition setzt auf frühzeitige Hilfen und vorbeugende Maßnahmen, um Krisen und Interventionen zu vermeiden. Die Arbeit des Jugendamts wird dabei auf eine vorausschauende, ressourcenorientierte Begleitung ausgerichtet.

Das vom Jugendamt entwickelte und vom Jugendhilfeausschuss beschlossene Phasenmodell zur Fallbearbeitung wird weitergeführt und evaluiert.

Kinder- und Jugendfreizeiten sowie niedrigschwellige Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden weiter gefördert.

3. Beteiligung und Kulturangebote für junge Menschen

Die Koalition setzt auf die aktive Einbindung junger Menschen in politische und gesellschaftliche Prozesse. Ziel ist eine Jugendhilfe, die Kinder und Jugendliche ernst nimmt, stärkt und fördert.

Maßnahmen:

- Weiterführung und Stärkung des Projekts „Kulturrucksack“, um kulturelle Teilhabe für Kinder und Jugendliche im ganzen Kreisgebiet zu ermöglichen
- Förderung kreativer, musisch-kultureller und sportlicher Angebote in Jugendzentren, Schulen und im außerschulischen Bereich
- Beteiligung der Jugend an kommunalen Entscheidungsprozessen wird durch geeignete Formate sichergestellt und weiterentwickelt

4. Bündnis für Familien – gemeinsam familienfreundliche Strukturen schaffen

Das vom Jugendamt initiierte „Bündnis für Familien Rhein-Berg“ wird in Zusammenarbeit mit den Kommunen und fachbereichsübergreifend auch mit dem Bereich der Pflege und anderer Angebote weitergeführt und weiterentwickelt. Ziel ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die gezielte Unterstützung in schwierigen Lebenslagen und der Ausbau familienfreundlicher Strukturen. Das Bündnis bündelt lokale Angebote, unterstützt den fachlichen Austausch und entwickelt neue Impulse für die kommunale Familienpolitik.

5. Zielvereinbarungen und Struktorentwicklung

CDU und SPD formulieren konkrete Zielvereinbarungen zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe:

- Förderung präventiver Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien
- kontinuierliche Prüfung von Landes- und Bundesprogrammen zur Kofinanzierung von Projekten
- Aufbau eines stabilen Netzes aus frühzeitiger Begleitung und wirksamen Hilfen

Die Verwaltung wird beauftragt, bestehende Programme systematisch zu evaluieren und neue Fördermöglichkeiten aktiv zu erschließen. Eine engere und verbindlichere Kommunikation zwischen Jugendamt und Kommunen wird angestrebt.

Fazit

CDU und SPD stehen für eine starke, präventiv ausgerichtete und zukunftsfähige Jugendhilfe im Rheinisch-Bergischen Kreis. Familienfreundlichkeit, Chancengerechtigkeit und Kinderschutz bilden den Kern der gemeinsamen Politik unter dem Dach „Bündnis für Familie Rhein-Berg“. Durch frühzeitige Unterstützung, gezielte Förderung und gute Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten soll jedes Kind im Kreis die gleichen Chancen auf ein sicheres, gesundes und selbstbestimmtes Aufwachsen erhalten.

Kapitel 7: Klimaanpassung, Umwelt und Kreisentwicklung – Nachhaltigkeit gestalten, Lebensräume sichern

Grundsätze

Der Rheinisch-Bergische Kreis steht angesichts der fortschreitenden Klimakrise, zunehmender Wetterextreme und wachsender ökologischer Belastungen vor großen Herausforderungen – aber auch vor der Chance, sich als Vorreiter für nachhaltige Entwicklung, regionale Kreislaufwirtschaft und klimaangepasste Lebensräume zu positionieren. CDU und SPD bekennen sich zu einer ökologisch verantwortungsvollen, wirtschaftlich tragfähigen und sozial ausgewogenen Umwelt- und Kreisentwicklungspolitik.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits heute im Kreisgebiet spürbar: Längere Hitzeperioden, Starkregenereignisse und die Folgen der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 erfordern weiterhin entschlossenes Handeln. Gleichzeitig bergen die daraus resultierenden Maßnahmen ein großes Potenzial für regionale Innovation, wirtschaftliche Entwicklung und Lebensqualität – besonders durch die enge Zusammenarbeit mit Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jägerschaft, Kommunen und Wissenschaft.

Ziel der Koalition ist es, Klimaanpassung und Klimaschutz systematisch weiterzuentwickeln, regionale Umweltressourcen zu erhalten und den Kreis als Teil des Bergischen RheinLandes innovativ, widerstandsfähig und lebenswert zu gestalten. Der Rheinisch-Bergische Kreis bekennt sich dazu, auch in Zukunft ein starker Standort für die regionale Ernährungssicherheit zu sein. Dabei gilt: Der Kreis wird seine ordnungspolitische Verantwortung wahrnehmen – jedoch nicht als Verhinderer, sondern als Möglichmacher.

1. Klimaanpassung – auf Extremwetter vorbereitet sein – Klimafolgen als Realität anerkennen – Vorsorge ausbauen

CDU und SPD orientieren sich an den bestehenden Klimaschutzzielen des Kreises: Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 und höchstmögliche CO₂-Reduktion bis 2030 entsprechend der Ziele im integrierten Klimaschutzkonzept.

Der Fokus liegt auf Maßnahmen, die direkt in der Verantwortung des Kreises liegen, insbesondere:

- Klimafreundliches, aber auch bezahlbares Bauen
- nachhaltiges Gebäudemanagement
- CO₂-reduzierte Mobilitätskonzepte.

Maßnahmen:

- Unterstützung des Klimaanpassungsmanagements des Kreises mit dem Ziel, Vorsorgemaßnahmen systematisch zu verankern
- Fortschreibung der Hochwasserrisikokarten für Starkregen und Überflutungen auch mit Nachbarkommunen
- Verbesserung der Prognosesysteme zur frühzeitigen Warnung der Bevölkerung
- Ausweitung des integrierten Klimaanpassungskonzepts über die Kreisgrenzen in Kooperation mit Kommunen des Bergischen RheinLandes hinaus

- Anpassung der Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Landschaftspläne an neue Klimabedingungen, insbesondere durch:
 - Berücksichtigung von Überflutungsflächen und Verklausungsgefahren durch Totholz
 - Schaffung von Regen-Rückhaltebereichen, Überflutungs- und Retentionsflächen
 - Ausbau des Waldwegenetzes und von Löschteichen zur Waldbrandbekämpfung

2. Umwelt schützen – Naturräume bewahren und entwickeln – Kulturlandschaft erhalten – Biodiversität fördern

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist geprägt von einer vielfältigen Kulturlandschaft, in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Naturschutz eng zusammenwirken. Ziel ist der Erhalt und die klimaresiliente Weiterentwicklung dieser Landschaften.

Maßnahmen:

- Unterstützung der Biologischen Station und des Vertragsnaturschutzes in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft
- Verstärkung der Biodiversitätsmaßnahmen
- Regelmäßige Treffen des Runden Tischs Wald, um Austausch, Monitoring und neue Handlungsfelder gemeinsam zu gestalten
- Evaluation der Ranger-Programme
- Talsperrenvernetzung und Wasserrückhalt: Prüfung, wie durch weitere Optimierung Wasserstände reguliert und extreme Wetterereignisse ausgeglichen werden können.
- Positives Begleiten der Erddeponie Kürten, um regionale Entsorgungsinfrastruktur zu erhalten und LKW-Fernverkehre für Erdaushübe zu reduzieren.

3. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz – Ausbau regionaler Energiegewinnung fördern

Auch wenn im Kreisgebiet aus flugsicherheitsrechtlichen Gründen aktuell keine großflächige Windenergienutzung möglich ist, soll der Ausbau erneuerbarer Energien konsequent vorangetrieben werden.

Wir wollen die Evaluierung und Weiterentwicklung des Team EKKO (Energie & Klima Koordinierungsstelle) zur kommunalen Entlastung und Themenbündelung.

Maßnahmen:

- Regelmäßige Zertifizierung im European Energy Award zur Bewertung eigener Klimastrategien
- Photovoltaik auf kreiseigenen Dächern:
 - Ausbau durch Eigenbetrieb oder in Kooperation mit Energiegenossenschaften
 - Pachtmodelle zur Refinanzierung
- Förderung von Speichersystemen:
 - Beratung für Privathaushalte und Unternehmen
 - Unterstützung dezentraler Energiespeicherung
- Begleitung von Energieprojekten durch Planungsrecht und Standortvermittlung – vorrangig auf bereits bebauten Flächen

4. Verwaltungsmodernisierung für Nachhaltigkeit – Genehmigungsprozesse beschleunigen – Digitalisierung nutzen

Die Koalition strebt einen effizienteren Umgang mit Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren an – insbesondere für Projekte mit nachhaltigem und regionalwirtschaftlichem Nutzen.

Maßnahmen:

- Aufbau einer digitalen „One-Stop-Agency“:
 - zentrale Plattform für Anträge in allen planungs-, wasser- und umweltrechtlichen Genehmigungsverfahren
 - transparente Kommunikation und Verfahrensschritte
- Frühzeitige behördliche Beratungsangebote, um Planungssicherheit zu schaffen
- Konsequente Nutzung von Ermessensspieldräumen
- Der Kreis soll in der Digitalisierung seiner Umwelt- und Genehmigungsbehörden vorangehen und Prozesse vereinfachen.

5. Regionale Entwicklung im Bergischen RheinLand – REGIONALE 2025 als Sprungbrett für langfristige Strukturrentwicklung

CDU und SPD sehen die REGIONALE 2025 als erfolgreiches Instrument, das nun in die Zukunft überführt und dessen Philosophie weitergeführt werden muss. Der Rheinisch-Bergische Kreis soll dauerhaft von Landes-, Bundes- und EU-Fördermitteln profitieren.

Maßnahmen:

- Etablierung der Zukunftsallianz Bergisches RheinLand als regionale Förderstruktur
- Priorisierung umsetzbarer Projekte angesichts knapper personeller und finanzieller Ressourcen
- Weiterentwicklung der Leuchtturmprojekte:
 - Metabolon (Kreislaufwirtschaft, Innovation)
 - Aqualon (Wasserkompetenzzentrum)
- Stärkung des Wissenstransfers aus Bildungs- und Forschungsprojekten in Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung

Fazit

CDU und SPD verbinden in ihrer Umwelt-, Klima- und Kreisentwicklungs politik ökologische Verantwortung mit wirtschaftlicher Vernunft und administrativer Innovationskraft. Ziel ist ein Kreis, der nachhaltig wirtschaftet, seine Natur schützt und seine Infrastruktur an die klimatischen Realitäten anpasst – ohne dabei die Menschen, Unternehmen und Kommunen zu überfordern. Der Rheinisch-Bergische Kreis soll Vorbild für eine pragmatische, kooperative und mutige Nachhaltigkeitspolitik werden.

Kapitel 8: Zielbild und Zusammenfassung

Gemeinsam Verantwortung tragen – der Weg nach vorn

CDU und SPD haben mit diesem Koalitionsvertrag die Grundlage für eine verlässliche und gestaltende Kreispolitik in der Wahlperiode 2025 bis 2030 gelegt. Unser gemeinsames Ziel ist es, den Rheinisch-Bergischen Kreis als lebenswerten, wirtschaftlich aktiven, innovativen und sozial gerechten Raum zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Wir setzen auf:

- **Finanzielle Stabilität und vorausschauende Investitionen**, um Spielräume für Bildung, Digitalisierung, Mobilität und Soziales zu sichern
- **Bürgernahe Verwaltungsstrukturen**, die auf Digitalisierung, Effizienz und Servicequalität beruhen
- **Starke Bildungseinrichtungen**, inklusive Förderangebote und berufliche Perspektiven für alle
- **Mobilität der Zukunft**: ÖPNV und SPNV ergänzt durch Straßen, Radwege, Mobilstationen und intermodale Lösungen
- **Ein modernes und verlässliches Rettungs- und Schutzsystem**, das vorbereitet ist auf neue Herausforderungen
- **Soziale Gerechtigkeit, Gesundheitsvorsorge und Pflege**, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt
- **Ein starkes Jugendhilfesystem**, das präventiv arbeitet und Familien unterstützt
- **Klimaanpassung und Nachhaltigkeit**, die mit Innovation und wirtschaftlicher Entwicklung Hand in Hand gehen

Unser Zielbild ist klar: **Ein leistungsfähiger Kreis als Teil einer starken kommunalen Familie**, in dem Menschen aller Generationen gut leben können. Wir laden alle demokratischen Kräfte, gesellschaftlichen Gruppen, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger ein, diesen Weg aktiv mitzugestalten.

Organisatorisches

- Ziel der Koalitionsbildung von CDU und SPD ist die dauerhafte Bildung einer tragfähigen Mehrheit im Kreistag, den Ausschüssen und Gremien. Dies umfasst vor allem auch das gemeinsame Tragen des Haushalts. Unterschiedliche inhaltliche Auffassungen der Parteien bleiben bestehen. Die entsprechenden inhaltlichen Abstimmungen der beiden Fraktionen im Kreistag werden zu einem gemeinschaftlichen Abstimmungsergebnis geführt.
- CDU und SPD vereinbaren die Bildung eines Koalitionsausschusses bestehend aus einer gleichen Zahl von Vertreterinnen und Vertretern der beiden Fraktionen, der mindestens einmal pro Sitzungszyklus sowie bei aktuellem Bedarf zur Absprache des gemeinsamen Vorgehens tagt.
- Die Fraktionen vereinbaren, Anträge abgestimmt und gemeinsam, zu stellen. Über die Formulierung von Anträgen entscheiden die beiden Fraktionen gemeinschaftlich.
- Dieses Vorgehen schließt auch interfraktionelle Anträge mit ein.
- Zur Vorbereitung der Ausschusssitzungen finden jeweils vor der Sitzung gemeinsame Arbeitskreissitzungen statt.
- Anstehende Personalfragen werden einvernehmlich besprochen und gelöst. Bei Personalfragen in der Verwaltung ist unabhängig von der Parteipräferenz die berufliche Qualifikation vorrangig zu bewerten.

Beschlossen vom Kreisvorstand der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis am 5. Februar 2026
und vom Kreisparteitag der SPD Rheinisch-Bergischen Kreis am 5. Februar 2026.

Unterzeichnet am 6. Februar 2026 in Bergisch Gladbach durch:



Maurice Winter
CDU-Kreisvorsitzender



Hinrich Schipper
SPD-Kreisvorsitzender



Uwe Pakendorf
CDU-Fraktionsvorsitzender



Gerhard Zorn
SPD-Fraktionsvorsitzender

Impressum/Herausgeber

CDU Rheinisch-Bergischer Kreis
vertreten durch den Kreisvorsitzenden Maurice Winter
Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach
T 02202 936950, info@cdu-rhein-berg.de
www.cdu-rhein-berg.de

CDU-Kreistagsfraktion Rheinisch-Bergischer Kreis
vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden Uwe Pakendorf
Am Rübezahlwald 7, 51469 Bergisch Gladbach
T 02202 132065, cdu@rbk-online.de
www.cdu-fraktion-rhein-berg.de

SPD Rheinisch-Bergischer Kreis
vertreten durch den Kreisvorsitzenden Hinrich Schipper
Mülheimer Straße 210, 51469 Bergisch Gladbach
T 02202 932952, info@spd-rbk.de
www.spd-rbk.de

SPD-Kreistagsfraktion Rheinisch-Bergischer Kreis
vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden Gerhard Zorn
Am Rübezahlwald 7, 51469 Bergisch Gladbach
T 02202 132329, info@spd-fraktion-rbk.de
www.spd-fraktion-rbk.de

Stand: 5. Februar 2026

